



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 25. Februar 2014

P145050

Interpellation Nr. 6 Samuel Wyss betreffend Einschleusung von EU-Bürgern mittels Scheinarbeitsstellen; schriftliche Beantwortung

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Regierungsrat stellt in seiner Antwort zur Interpellation Samuel Wyss betreffend "Einschleusung von EU-Bürgern mittels Scheinarbeitsstellen" fest, dass in Basel-Stadt Schwarzarbeit konsequent bestraft würde und dass bedürftige Stellensuchende aus Europa lediglich mit Nothilfe bis zum Ablauf der Kurzaufenthaltsbewilligung unterstützt würden. Nothilfe beinhalte einen Gutschein zum Übernachten in einer Notschlafstelle und 12 Franken Unterhaltsbeitrag pro Person und Tag.

